
Expansion und Stagnation, Linkstrend und Rechtsruck. Zur Dialektik von Ökonomie und Politik

Theodor Prager

Um mit dem Bildhauer Alfred Hrdlicka zu reden: Mir fällt auf, mir fällt ein...

Daß die Stagnationsdiskussionen der vierziger und frühen fünfziger Jahre jetzt wieder in Mode kommen¹.

Daß die fast schon permanent gewordene Revolution der steigenden Erwartungen in den Industrieländern sich totgelaufen und allgemein ziemlich pessimistischen Erwartungen Platz gemacht hat, sodaß die Leute schon froh wären, „wenn es nur so bleibt“.

Daß die vier größten westeuropäischen Industrieländer alle zwischen einer und anderthalb Millionen Arbeitslose haben und daß im klassischen Land der Vollbeschäftigung (oder wenigstens der Vollbeschäftigungstheorie) darüber spekuliert wird, wann es dort zwei, drei, ja fünf Millionen Beschäftigungslose geben wird.

Daß es in fast allen Ländern der parlamentarischen Demokratie eine schleichende neokonservative Konterrevolution gibt, noch nicht einmal so sehr in der politischen Praxis (der Radikalerlässe, Bürgercomputerisierung, Linkenhatz in den Medien, schleichenden inneren Aufrüstung, etc., nicht schlecht für den Anfang!) als in den Köpfen, im innenpolitischen Klima (einer um sich greifenden Misanthropie, einer wachsenden Spannung zwischen den Generationen, zwischen Bürgern und Staats- aber auch Sozialbürokratie, Regionen und Zentrale, Beschäftigten und „Sozialparasiten“, mit allgemeinem Ruf nach Ruhe und Ordnung...).

Daß der „Aufstieg einer Klasse“, also der Facharbeiter und qualifizierten Angestellten und Beamten und der daraus hervorgegangenen Funktionäre und Mandatäre von der Herausbildung einer neuen Unterschicht von wenig qualifizierten Arbeitern und Ange-

stellten, Gastarbeitern, Arbeitslosen, Alten, Körperbehinderten, Alkohol- und Drogenanfälligen, physisch und psychisch Nichtangepaßten begleitet ist.

Daß Wohnungs-, Auto- und sonstiges Kleineigentum weiterverbreitet sind denn je, daß Sozialprestige und daher *differentials* aller Art wichtiger scheinen denn je und daß individueller Erfolg („Tüchtigkeit“) und bestenfalls eng begrenzte Gruppensolidarität allfällige Traditionen der Klassen- geschweige denn der internationalen Solidarität fast total überwuchert haben.

Auf dem engeren Boden der Nationalökonomie: Daß sämtliche Spielarten des Keynesianismus (als ein Ausdruck der bürgerlichen Aufklärung) in die Defensive geraten sind und daß Monetarismus und „freie“ (nicht länger: „Soziale“!) Marktwirtschaft (zugleich mit der Praxis verstärkter staatlicher Interventionstätigkeit zugunsten der kapitalistischen Akkumulation im allgemeinen und der Multis im besondern) in der Offensive sind, ja, geradezu Hegemonie erlangt haben.

Daß Gewerkschaft und Sozialdemokratie (letztere vielleicht mit Ausnahme Frankreichs, wo sie schon lange nicht am Zug war) sich ein gewichtiges Maß an Leitung und Mitbestimmung in Staat und Gesellschaften dadurch zu sichern trachten, daß sie sich von den sogenannten Sachzwängen des Systems leiten und bestimmen lassen. Daß auch meinen Freunden, den Eurokommunisten, neben manchen genuinen reformatorischen Bemühungen nicht sehr viel anderes einfällt als „es“ gerechter und rationeller, nicht aber, als es grundsätzlich anders — im Sinne anderer Bestimmungs-, Produktions-, Konsum- und Verhaltensmuster — zu machen.

Die Ära der Expansion

Was kam zuerst, die Henne oder das Ei? Die Wissenschaftler sagen: Erst kam ein hennenartiges Wesen, dann das Ei, dann die Henne. Ob wissenschaftlich oder nicht, mir reicht das Gleichnis. Erst (1945) kam das günstige, nämlich einer Politik der Vollbeschäftigung und des sozialen Wohlfahrtsstaates förderliche Klima, dann kam die Expansion. Diese begünstigte ihrerseits und bis auf weiteres das vorherrschende reformerische Klima, und mündete in die lange Phase der Wirtschaftswunder ein.

„Klima“ ist nicht alles, aber es ist wichtig. Erinnern wir uns: Keynesianer, moderne Beschäftigungstheorien und praktisch-politische Ansätze für Reflation, Beschäftigungstherapie durch „*pump priming*“ etc. gab es eine ganze Menge, teils vor, teils gleichzeitig mit Keynes und Kalecki (so Ernst Wigfors in Schweden, Fritz Naphtali u. a. in Deutschland, Otto Bauer in Österreich, John Strachey und der spätere Faschistenführer Oswald Mosley, damals noch von der „New Party“ sowie vor allem Lloyd George von der Liberalen Partei in England...).

Aber sie alle blieben damals, um die Zeit der Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre, Rufer in einer Wüste von Ungläubigkeit, monetärer und fiskalischer Orthodoxie, doppelt hoffnungslos vereinsamt, weil das Besitzbürgertum im Mittel- und Westeuropa ganz andere Absichten oder jedenfalls Instinktreaktionen hatte: Nämlich Krise und Massenarbeitslosigkeit zu nützen, um die Arbeiterbewegung zurückzudrängen und aus dem politischen Geschehen auszuschalten. Bis dann Hitler und Schacht auf ihre Weise Beschäftigungspolitik machten.

1945 war Hitlerdeutschland geschlagen, der Faschismus hatte weltweit eine aufs Dach gekriegt, und in den führenden westlichen Demokratien war man zur Überzeugung gelangt, daß, was im Krieg möglich war, nämlich zielgerechter Einsatz aller materiellen und geistigen Ressourcen und Vollbeschäftigung, auch im Frieden und für konstruktive Zwecke möglich sein müsse.

In diesem Klima entstanden die Vollbeschäftigungs- und Sozialprogramme Englands und Amerikas, dann auch der kontinentaleuropäischen Industrieländer, eine Marschroute, die selbst durch die Nöte und *Austerity constraints* der späten Vierziger- und frühen Fünfzigerjahre richtunggebend blieb. Und die auch den konservativen *Backlash*, der durch andauernde Rationalisierung, Dirigismus und Währungszukungen ausgelöst wurde, mehr oder minder heil überstand bzw selbst für die stockkonservativen Regimes Westdeutschlands, später auch Italiens und Frankreichs bestimmend blieb. (Auch im rechtslastigen Deutschland hatte es in Nordrhein-Westfalen, Westberlin usw mehrheitliche Verstaatlichungsbeschlüsse gegeben; die westlichen Besatzungsmächte, die sie blockierten, machten aber immerhin ihren Einfluß geltend, um auch hier — angesichts der Konkurrenz im östlichen Deutschland und in Osteuropa — auf eine Linie der Expansion und des Wohlfahrtsstaates zu drängen: während Frankreich und Italien stets mit dem Druck eigener militanter, in den ersten Jahren sogar in der Regierung vertretener Kräfte zu rechnen hatten.)

Natürlich war die Expansion nicht nur Produkt einer wirtschafts- oder gesellschaftspolitischen Regierungslinie oder politischen Kräftekonstellation. Erfordernisse des Wiederaufbaus, Aufarbeitung eigener, vor allem auch massive Anwendung nunmehr verfügbarer amerikanischer Technologien, also riesige, langandauernde Innovations- und Investitionswellen, Eingliederung von Millionen hereinströmender Arbeitskräfte aus ehemals deutschen Gebieten und bald danach auch freigesetzter landwirtschaftlicher Überschußkräfte in die Industrie², alles das und mehr half enorm. Und dazu die doppelte, ebenfalls von den USA kommende Impulsgebung durch Außenhandelsliberalisierung und schließlich Rüstung. Steindl³ betont die Rüstungskomponente des neuen „Wettbewerbs der Systeme“ (auf die ich seinerzeit besonderen Nachdruck legte)⁴, läßt aber auch Sputnik, F & E und andere nicht unbedingt rüstungsbedingte Komponenten dieses Wettbewerbs gelten

(der allerdings heute tatsächlich nur mehr im Rüstungsbereich wirksam ist, da ja der sogenannte reale Sozialismus in allen andern materiellen Bereichen inzwischen weit abgeschlagen erscheint.)

Trend zur linken Mitte

Die Henne (politisches Klima!) legte das Ei Expansion, diese ihrerseits begünstigte ein reformerisches Klima. Daß das nicht gradlinig zu einer politischen Linksentwicklung führte, wurde bereits angedeutet; zunächst wurden ja die Kommunisten (Italien, Frankreich usw.), dann oft auch die Sozialisten (Italien, später, nachdem sie durch schmutzige Kriege usw. diskreditiert waren, auch in Frankreich und anderswo) aus der Regierung ausgebootet. In den fünfziger Jahren und bis tief in die sechziger Jahre hinein gab es eine fast totale konservative Vorherrschaft: Adenauer-Erhard, DeGaulle, Macmillan-Home, Democristiani in Italien, Liberaldemokraten in Japan... Aber alle diese Regimes machten nicht nur in Sozialpolitik (manche würden sagen Sozialdemagogie), sie machten auch wirklich Vollbeschäftigungs- und Sozialpolitik, wenngleich unter unterschiedlichen Vorzeichen: In der Bundesrepublik (auch in Japan) lag der Akzent stets mehr auf Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität und Effizienz, freies Spiel der gesunden Marktkräfte usw., aber doch auch mit der Zielsetzung: Prosperität und Vollbeschäftigung, wenigstens als Nebenprodukt. Und wenn Regierung und Staat die Kapitalsakkumulation förderten und alimentierten, so war das damals, als es vorwiegend noch ein *capital widening*, nicht *deepening* war, eben auch förderlich für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

In der Bundesrepublik dauerte es bis in die späteren fünfziger, in Italien (dank seiner besonderen Strukturprobleme wie Mezzogiorno usw.) noch länger, ehe annähernde Vollbeschäftigung erreicht wurde. Aber hier wie anderswo schufen Wirtschaftswunder und annähernde Vollbeschäftigung ein reformfreundlicheres Klima und bewirkten schließlich auch parteipolitisch eine Öffnung nach links⁵.

Wieso eigentlich? Wäre nicht plausiblerweise zu erwarten gewesen, daß die damals noch herrschende reformfreundliche Variante der Konservativen (Macmillan und Toryreformer, wie sie genannt wurden), daß die damals noch die christlich-soziale Komponente akzentuierenden Konservativen Kontinentaleuropas gerade dank der materiellen Erfolge ihrer Regimes in ihrem Bestand bestätigt werden würden?

Es war wohl so, daß die damals einsetzende Revolution der steigenden Erwartungen auch Ungeduld und Frustration bewirkte. Schließlich blieb den Leuten nicht verborgen, daß manche Schichten unverhältnismäßig viel Vorteil aus Konjunktur und Wirtschaftswachstum zogen, daß zwar das Lebensniveau allgemein stieg, gleichzeitig aber auch eine neue starke Differenzierung eintrat, die Einkommen der Oberschicht unverhältnismäßig stark wuchsen, eine neue massive

Vermögensbildung an der Spitze erfolgte und eine ganz neue Schicht von Neureichen entstand, die überdies einen höchst ostentativen Luxuskonsum zur Schau stellte. Autos, neuer Wohnbesitz, Güter des gehobenen Bedarfs, Auslandsreisen waren wohl in Mode gekommen, der großen Masse waren sie aber noch weit entrückt. Was es an sozialen Errungenschaften und materiellen Wohltaten bereits ansatzweise gab, schien jedoch eher dem Drängen und Druck der Gewerkschaften und Linksparteien zuzuschreiben zu sein als der weisen Staatsführung, deren jetzige Linie der Vollbeschäftigung und der Sozialgesetze eher der Philosophie und Programmatik der traditionellen Linkskräfte entliehen schien. Einerseits also (noch) unerfüllte Erwartungen, andererseits der materiell und politisch größere Spielraum, den Expansion und Prosperität zu geben schienen. Vor allem aber: Vollbeschäftigung, besserer Lohn und soziales Sicherheitsnetz nehmen den Menschen ihre ärgsten Existenzängste und machen sie geneigter, auch sogenannten Experimenten im Bildungs- und Gesundheitsbereich, in der Familiengesetzgebung, im Strafvollzug und schließlich auch im politischen Bereich selber zuzustimmen — wozu noch beitrug, daß auch der alles disziplinierende Kalte Krieg mit seiner liebevoll gehegten Festungsmentalität im Abklingen war. Das alles gab dem Sozialdemokratismus — im weitesten Sinn, und einschließlich seiner transatlantischen Spielarten — eine neue Chance.

So setzte schließlich, mit zeitlicher Verzögerung zwar, ein Trendumschwung ein, der zur Ablöse der Tories und der Christdemokraten durch Labour und durch die sozialliberale Koalition (mit ihrer neuen Ostpolitik) führte; so begann die Erschütterung des Machtmonopols der Democristiani (und die *apertura a sinistra*) in Italien, der Liberaldemokraten in Japan (wenngleich noch ohne weitreichende Konsequenzen) und die Ära der Vorherrschaft von Labour und Liberalen in den weißen Ländern des Commonwealth. Wenn man will, auch die Ära der „neuen Grenzen“ und der *Great Society* in den USA. Mehr noch, der wirtschaftliche Fortschritt, der selber Innovation erfordert, begünstigt diese auch und macht selbst etablierte Diktaturen zu einem Anachronismus. Spät, aber doch, fielen die griechische, die portugiesische, schließlich auch die spanische Diktatur, die selbst noch ein Wirtschaftswunder in die Wege geleitet hatte...

In Frankreich, diesem Herzland der europäischen Zivilisation und Demokratie, schienen die Uhren anders zu gehen, denn dort behauptete sich das „Regime der persönlichen Macht“ noch lange, nachdem Labour die Tories, Brandt-Wehner-Scheel die CDU/CSU bzw die große Koalition mit diesen abgelöst hatten... Aber schließlich führte in Frankreich der totale Ausschluß der Linksparteien und der Gewerkschaften von der politischen Mitbestimmung dazu, daß sich die angestaute Unzufriedenheit in der Explosion vom Mai 1968 Luft machte. Nicht unmittelbar, aber bald darauf kam es zur Ablöse von DeGaulle durch eine gemäßigtere, liberalere Staatsspitze.

Der knapp danach erfolgende „heiße Sommer“ in Italien brachte schließlich, wenngleich auch hier mit einem *time-lag* sogar einen ersten „historischen Kompromiß“.

Hegemonie der bürgerlichen Wertvorstellungen

Der Trend zur linken Mitte in Parteienlandschaft und Staatspolitik ist eine Sache, die moralisch-politische, die geistige Landschaft eine andere. Größere Reformbereitschaft, Hinnahme gewisser Schritte außerhalb eingefahrener Bahnen, Abbau von Verhaltensmustern aus der Zeit des Kalten Krieges, ja. Doch hat gerade der Erfolg des westlichen *neocapitalismo* zu einer spürbaren Verbreitung und Verfestigung gewisser bürgerlich-kapitalistischer Grundhaltungen geführt, die in einem bisher ungeahnten Besitzdenken (hast du was, so bist du wer), in einer gewissen gesellschaftspolitischen Gleichgültigkeit (nicht beste aller denkbaren aber beste aller praktikablen Welten) und — bei aller persönlicher Unzufriedenheit mit dem bisher Erreichten — auch in einer borniert-individuellen Selbstzufriedenheit (I'm alright, Jack) ihren Niederschlag fand. Macmillan's *Slogan* (You never had it so good) fand weiten Widerhall. Solidarität ist nie bequem, jetzt schien sie auch weitgehend überflüssig. Egalität zieht nur in Zeiten der Not (vielleicht auch großen Überflusses), was jetzt zählte, war Leistung, Erfolg, Karriere, Besitz; wer nichts oder wenig hat, ist selber schuld; im Prinzip (und unter Vorbehalt dessen, was man persönlich noch werden oder haben möchte) soll es nur so bleiben, wie es ist.

Wenn es aber nicht so bleibt? Wenn es zu kriseln beginnt, wie wird dann die Reaktion ausfallen? Man kann es sich fast ausrechnen. In den grundlegenden Mentalstrukturen ebenso wie in der materiellen Entwicklung ist schon die neuerliche Tendenzwende angelegt.

Die Wende zur Stagnation

Vor ca. 25 Jahren setzte Josef Steindl einen neuen Akzent, als er „Stagnation und Reife“ (oder Überreife) in der amerikanischen Ökonomie auf deren zunehmend oligopolistische Struktur zurückführte⁶. Wo die Nachfrage schwach und das allgemeine sozialökonomische Klima ungünstig ist (wofür Interpretationen von Kalecki, Keynes und andern vorlagen), neigen die Konzerne dazu, sich sozusagen einzuigeln. Anstatt allenfalls ruinöser Preiskämpfe — dank großer Reserven würde ja kein Oligopolist leicht in die Knie zu zwingen sein — nehmen sie lieber geringere Kapazitätsauslastungen in Kauf. Konjunkturrückschläge wirken sich dann kaum auf die Preise, umsomehr dafür auf die Beschäftigung aus. (Und natürlich auf den nicht-monopolisierten Sektor, wo nicht nur die Preise, sondern auch die Firmen in großer Zahl zusammenbrechen.) Nun ist aber ein geringer Grad der Kapazitätsauslastung alles eher als ein Anreiz für Neuinvestitionen. Es ist deshalb nicht nur schwierig, aus zyklischen

Krisen herauszukommen; wenn ein sekulärer Trend zur geringeren Kapazitätsauslastung vorliegt, und eben das wird durch wachsende Oligopolisierung begünstigt, so entsteht ein sekulärer Trend zur Stagnation.

Dies wurde, so Steindl, in der Nachkriegszeit überdeckt oder zeitweilig unwirksam, denn „erstens gab es eine bewußte politische und moralische Reaktion auf die früheren, die Vorkriegsverhältnisse, besonders in gewissen Ländern Europas. Und zweitens gab es die Spannung zwischen den Supermächten, die zu großen Rüstungsausgaben und zu einem technologischen Wettbewerb, ebenso wie zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der westlichen Industrieländer unter der Führung der USA Anlaß gab“⁷.

Mit der Entspannung zwischen den Supermächten wurden die expansionistischen Kräfte, so wieder Steindl, spürbar schwächer, und es setzte eine Phase „verkümmerten Wachstums“⁸ ein. Die Investitionstätigkeit begann, hinter der Fülle der investierbaren Reserven (großzügige Abschreibungsmöglichkeiten!) zurückzubleiben, wachsende Lebensniveaus und Sozialversicherung ermöglichten eine erhöhte persönliche Ersparnisbildung und drückten auf Nachfrage und Profite. Der Fonds verfügbarer und anwendungsbereiter neuer Technologien aus den USA war im Schwinden begriffen. Energie- und Umweltprobleme schufen Unsicherheit und drückten auf die Erwartungen.

„Und schließlich haben Vollbeschäftigung und Sozialreformen eine wachsende Abneigung gegenüber den Forderungen der Arbeiter und der Macht der Gewerkschaften bewirkt, Klagen über (mangelnde) Arbeitsdisziplin und eine schärfere Abwehr gegenüber staatlichem Dirigismus wachgerufen. Der Widerstand der Geschäftswelt gegen Vollbeschäftigungspolitik, wie Kalecki sie so lebhaft beschrieben hat, er hat tatsächlich jetzt, gegen Ende der Wachstumsphase, immer mehr an Brisanz zugenommen. Doch besitzt er nun einen zäheren, langlebigeren Charakter als der in Kaleckis politischem Zyklus beschriebene, sodaß wir es jetzt schon eher mit einem politischen Trend zu tun haben“⁹.

Kalecki fand latente Abneigung oder akuten Widerstand gegen Vollbeschäftigung (wegen Auswirkungen auf Lohnforderungen, Arbeitsdisziplin usw.) vor allem bei der „Geschäftswelt“, er erwartete aber auch, daß dies auf die jeweilige Konjunkturpolitik der Regierung abfärben würde. Ebenso Steindl; „Diese Politik der Stagnation wird wahrscheinlich weiter fortgesetzt werden, da die Regierungen sich mit Inflation und Staatsschulden herumschlagen müssen“¹⁰. Und noch deutlicher: „Das auffallendste Merkmal des jetzigen Wirtschaftsklimas ist zweifellos die geänderte Einstellung der Regierungen gegenüber Vollbeschäftigung und Wachstum. Die USA und Deutschland waren die ersten, die diesen Kurswechsel aufwiesen, aber allmählich hat die Änderung auch auf andere Länder übergegriffen“¹¹. Gewiß, auch die objektiven Umstände hätten sich geändert — Steindl verwirft einige diesbezügliche Interpretationen, kommt aber auf seine eigenen (oben

angedeuteten) zurück, um dann hinzuzufügen: „Manche Leute — wie ich — haben den Eindruck, es sind nicht so sehr die objektiven Umstände, die sich geändert haben als vielmehr die politischen Haltungen. Dies ist als Reaktion auf die lange Zeit der Vollbeschäftigung und des Wachstums zu verstehen, eine Zeit, in der die wirtschaftliche Stellung der Arbeiter und die Macht der Gewerkschaften gefestigt wurde, sodaß es zu Mitbestimmungsforderungen usw kam...“

Unsicherheit sei auch durch die Massenwanderungen (vom Land in die Großstädte, von Gastarbeitern usw), durch die dramatischen Warnungen vor den „Grenzen des Wachstums“ etc ausgelöst worden, was ebenfalls auf die Regierungspolitiken abgefärbt habe; und „die Haltungen und Politik der Regierungen haben ihrerseits auf die Geschäftswelt zurückgewirkt, auch und besonders auf jene Teile davon, die (sowieso) beunruhigt vom gegenwärtigen Lauf der Dinge sind. Früher war man allgemein der Überzeugung, der Staat würde einspringen, um längerdauernde Depressionen zu verhindern; dies hatte die Unsicherheit vermindert und war einer höheren und stabileren privaten Investitionstätigkeit förderlich. Jetzt ist dieses Vertrauen zerstört¹².“

Mir geht es hier nicht um die Darstellung der von Steindl und anderen genannten „objektiven Umstände“, die zur Ablöse der Expansion durch Stagnation geführt haben (darunter natürlich auch die beharrliche Weigerung mancher Staaten oder Regierungen, gewisse Spielregeln einzuhalten und ihre persistenten externen Überschüsse zu einer stärkeren Konjunkturankurbelung zu nützen) sondern um das Wechselspiel von „objektiven“ und „subjektiven“ Momenten, ökonomischen und politischen Tendenzen oder besser (da ja auch letztere objektiver Natur sind) Weichenstellungen. In Kaleckis oder Steindls Interpretation: politisch günstiges Klima, entsprechende Weichenstellungen, Expansion, „Überbeschäftigung“ (mitsamt inflationistischen Entwicklungen, Zahlungsbilanznöten und externen Disparitäten, Staatsverschuldung, Steuerwiderstand, Investitionsunlust...), politischer Klimawechsel, entsprechende neue, restriktive Weichenstellungen (oder auch Unterlassung expansionistischer oder wenigstens reflationistischer Weichenstellungen), Umschlag in die Stagnation.

Aber hier, bei dem Komplex Klima und politische Haltungen wäre zu vermerken, daß es da mehrere Ebenen gibt.

Politisches Klima

Um kurz zu rekapitulieren: Im Anfang (1945) war die „Henne“, das neue reformfreundliche, man kann sagen erwartungsvolle politische Klima zunächst in den angelsächsischen und in den sonstigen Siegerländern, dann auch anderswo. Chancen hatten vor allem jene, die als reformfreundlich galten, und so lief Labour dem erfolgreichen Kriegsherrn Churchill in England den Rang ab, in Amerika siegte

jener Truman, dem man überhaupt keine Chance gegeben hatte, der aber, wie sich herausstellte, als Träger des Roosevelt-Erbes gewertet wurde — und Roosevelt galt innenpolitisch vor allem als Initiator des New Deal. Die Nachkriegszeit sollte, so ging der Trend der öffentlichen Meinung, eine Zeit für den „Kleinen Mann“ sein, für alle jene, die so lange einen *raw deal* gehabt haben, also zu kurz gekommen waren.

Der kleine Mann — ich denke da an das proletarische Großbritannien mit seinen Industriezentren in den Midlands, im Nordosten und Nordwesten Englands, in Schottland und in Südwales — wann war der das letzte Mal zu Wort gekommen? 1931, und da war er schmähsch im Stich gelassen worden. Und wählte lange Zeit überwiegend „die andern“. Wenn schon konservativ, dann gleich die echten Konservativen! (Gewiß, da spielte noch vieles andere mit, so die instinktive Ablehnung des irrealen Pazifismus eines damals sehr einflußreichen Flügels in der Labour Party, im Angesicht der Aufrüstung in Hitlerdeutschland; erst später erwies es sich, daß die Linie Chamberlains und seiner Befriedungspolitik mindestens ebenso fatal war.

Aber die Wende nach Kriegsende war ideologisch, nicht im Sinne von falschem Bewußtsein, sondern im Sinne von konzeptiv oder wenn man will, theoretisch vorbereitet worden, vor allem von Keynes und Beveridge. Marx meinte, die Ideologie der herrschenden Klasse sei immer auch die herrschende Ideologie. Im Bereich der Ökonomie hatten bis in die dreißiger Jahre hinein die finanzielle Orthodoxie, die Philosophie von der selbstreinigenden Kraft der Marktwirtschaft, vom ausgeglichenen Staatshaushalt, mit einem Wort, der Treasury View, die Meinung von Schatzamt und Bank of England, das Machtwort der City gegolten. In den USA die Chicago School, als Ausdruck und Sprachrohr der Philosophie des Big Business. Allerdings im Widerstreit mit populistischen Strömungen, die dann überraschend im Patrizier F. D. Roosevelt ihren zwar wütend bekämpften, aber politisch höchst wirksamen Exponenten fanden.

Die Hegemonie der Orthodoxen war also längst nicht mehr unumstritten, die reformerischen Strömungen hatten mächtige Bundesgenossen aus den Hochschulen, aus der Politik, auch aus der Beamtenschaft gefunden.

Daß die nachfolgende Phase der Expansion, einer durch staatlichen Interventionismus geförderten massiven Kapitalsakkumulation auch den längerfristigen Bedürfnissen des Konzernkapitals und den Erfordernissen der Systemkonkurrenz (oder des Kalten Kriegs) sehr gut entsprach, soll hier nicht erörtert werden. (Anders hätte sie sich vielleicht gar nicht durchsetzen können.) Jedenfalls — ein weiterer Vorteil — ließ es sich solcherart relativ leicht und friktionsfrei regieren. Und diese Phase bewirkte letzten Endes auch einen ausgeprägten Trend zur linken Mitte. Die Expansion erforderte, aber sie begünstigte auch ein reformfreundliches Klima und konnte darum auch so lange andauern.

Aber, wie schon Kalecki (und vor ihm Marx) sagte, es ist die Tragik des Investitionsprozesses (der Akkumulation), daß er den Samen zu seinem eigenen Verfall in sich trägt. Kalecki (Marx) hatten den zyklischen Verlauf im Auge, hier ist (mit Steindl) der längerfristige, sekuläre gemeint. Ein Verfall, der durch eine Vielfalt von Umständen ausgelöst worden ist, wie u. a. cost-push Inflation (darunter auch, oder vor allem oligopolitische „costs“^{13!}), wachsende Produktivitäts- und Zahlungsbilanzdisparitäten (vgl. Lenins „Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung“!), Staatsverschuldung und Steuerwiderstand, Überangebot an investierbaren Fonds (im Zusammentreffen, so meinen manche, mit einem Unterangebot an anwendungsbereiter Innovation), „Überbeschäftigung“ und damit verbunden „unmäßige“ Arbeiter- und Gewerkschaftsforderungen... und schließlich Investitionsunlust...

Daß die business community, die Geschäftswelt die teils bereits erfolgte, teils sich abzeichnende Verlagerung (Störung!) des alten Kräfteverhältnisses nicht goutiert, ist evident, und der entsprechende Widerstand zeichnete sich auch in der Phase der noch anhaltenden Gesamtexpansion in Gestalt von punktuellen Kapitalstreiks und gelegentlicher Kapitalflucht vor allem in Italien, aber auch in Großbritannien und Frankreich wiederholt ab. Oder auch — und zunehmend — in Gestalt von systematischen Investitions- und Produktionsverlagerungen in Länder mit günstigem „Klima“,¹⁴ von der Verlagerung in Steueroasen etc. gar nicht zu reden.

Was weniger klar und erforscht ist, ist die Umsetzung dieser Stimmung der Geschäftswelt in die hohe Politik, vor allem aber innerhalb der Massen der Wählerschaft.

Zum ersteren: Es ist immerhin offenkundig, daß die Philosophie der Finanzorthodoxie, des Primats von gesunder Währung, Preisstabilität, Ordnung im Staatshaushalt usw. starke Bastionen oder wenigstens Brückenköpfe in sämtlichen maßgeblichen politischen Parteien und Parteiführungen, auch den sozialdemokratischen und reformerischen beibehielt. Zumindest soweit, daß auch regierende sozialdemokratische Parteien oder jedenfalls sozialdemokratische Regierungsmannschaften sich stets von irgendwelchen Gremien in diesem Sinne beraten und beeinflussen ließen: und zwar von den etablierten Institutionen und Gremien — wie Schatzämter oder Finanzministerien, Zentralbanken, Forschungsinstituten usw. wie auch von eigens dazu berufenen und eingesetzten: Die „Drei Weisen“ in England, der jetzige Sachverständigenrat in der Bundesrepublik usw. Die Schlagseite solcher Berater, Weisen und Experten war fast immer dieselbe... Von den ununterbrochenen Interventionen und Enunziationen der diversen Unternehmensverbände wollen wir gar nicht erst reden. Oder davon, daß die zentralen Gewerkschaftsverbände, inklusive solcher mächtiger wie TUC oder DGB, nur selten mit umfassenden Alternativkonzepten aufwarteten; eher waren sie dafür zu haben, sich für diverse konzertierte Aktionen, Sozialkontrakte und dergleichen einspannen zu

lassen, die meistens auf Lohnzurückhaltung hinausliefen, ohne daß dafür ein entsprechendes quid pro quo geboten wurde.

Was diesen Prozeß der Umsetzung von im Kern restriktiven Linien und Konzepten der Wirtschaftspolitik in die hohe politische Praxis immens erleichterte, war zweifellos die systematisch vorgetragene Offensive des neoliberalen, im Grunde stockkonservativen neoklassischen und monetaristischen Flügels der etablierten Nationalökonomie. (Es gibt auch andere Spielarten am rechten Flügel, so die technokratisch-planerischen Varianten in Frankreich und Italien, hierzulande und auch im angelsächsischen Bereich noch wenig bekannt und studiert).

Gemeinsam ist allen diesen Strömungen ihre Feindseligkeit gegenüber dem Keynesianismus, den Gewerkschaften und auch (dies aber mehr verbal) gegenüber dem staatlichen Interventionismus in der Wirtschaft, ja auch gegenüber jeglicher extensiven Sozialgesetzgebung.

Aber wieso konnten diese Kräfte, wieso konnte diese erkonservative Ideologie überhaupt wirksam werden und in die Offensive gehen? Wir kommen hier zur zweiten Ebene: Wie vollzog sich die breite Umsetzung, wie wurde der Boden bereitet für den folgenden „mass response“ in der Wählerschaft? Einige Hinweise mögen genügen:

Beginnende neue Massenarbeitslosigkeit, Verunsicherung am Arbeitsplatz. Dies macht anfällig für alle Argumente, die mit der Frage der Wettbewerbsfähigkeit zu tun haben (also „Kosteninflation“, „Sozialinflation“, öffentliche „Fehlinvestitionen“, „Verschwendung von Steuergeldern“ etc.)

Inflation (auch schleichende): Die strategisch gut placierten, meist männlichen Fachkräfte holen sich ihren Ausgleich, zum Handkuß kommen all jene, die wenig „punch“ haben, die Unqualifizierten und Unorganisierten, die Massen der Rentner, Pensionisten, kleinen Sparer etc. Aber auch die Hausfrau, Ehefrau des gut Verdienenden fühlt sich betroffen, umso mehr, als ihr oft verschwiegen und vorenthalten wird, was der Mann tatsächlich verdient. Jedenfalls machen inflationistische Preissteigerungen viele Leute anfällig für alles, was als verantwortlich für übermäßige Staatsausgaben, für Budgetdefizite und für die „übermäßigen“ Forderungen anderer Arbeiter- und Angestelltengruppen hingestellt wird. Wo Teuerungsabgeltungen (flat rates) dominieren und die „differentials“ verwischt werden, werden auch die Facharbeiter gegen „kostspielige“ Sozialausgaben aufgebracht.

Sozialstaat, sozialer Wohlfahrtstaat... erzeugen unvermeidlich auch „Sozialparasiten“ beziehungsweise Gruppen, die man leicht als solche abstempeln kann. Vor allem als geplagter Lohnsteuerzahler sieht man es nicht gern, wenn andere „von meiner Steuer leben“ und sich's „gut sein lassen“.

Für den Sozialstaat (leichte Hand beim Ausgeben fremder Gelder etc.) sind aber immer noch die reformerischen Parteien und Regierungen verantwortlich gemacht worden.

Auch die Verstaatlichung bzw. die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen gelten überall als Quelle der Mißwirtschaft und Verschwendung, wobei selten bedacht wird, daß es oft gerade gemeinwirtschaftliche Erfordernisse waren, die zur Verstaatlichung oder Kommunalisierung geführt haben (Bahnen, Energieversorgung usw.). Es ist bezeichnend für den Erfolg der konservativen Propaganda, daß selbst die Labour-Wähler in Umfragen vor den jüngsten Unterhauswahlen sich gegen jegliche Ausweitung der Verstaatlichung aussprachen, obwohl sämtliche verstaatlichten Industrien Großbritanniens (mit Ausnahme der Stahlindustrie, die — egal ob privat oder staatlich geführt — weltweit in einer Strukturkrise steckt) seit langem überwiegend sehr positiv abschnitten. Übrigens fanden die Befragten auch, daß die (eigenen!) Gewerkschaften zuviel Macht haben!

Und schließlich: Wo eine immer breitere Schicht von Werktätigen sich allmählich zu kleinen Besitzbürgern wandelt — oder es zu werden hofft, wo immer mehr Leute in diesem Sinn was zu verlieren haben, werden allfällige Traditionen solidarischen Verhaltens von ganz andern Verhaltensmustern überlagert. „Schuld“ an „Sozialparasiten“, Gastarbeitern, Wohlstands- und sonstiger Verwahrlosung und Kriminalität ist aber immer und vor allem die „laxe“ Staatsführung, also reformerische Parteien und ihre Regierungen. Für *law and order*, Ruhe und Ordnung sorgen immer die Konservativen am besten...

Die Massenmedien, die überall in fast totaler Verfügungsgewalt konservativer Kräfte stehen, tun das ihre, um die entsprechenden Grundhaltungen zu produzieren und zu festigen. Dem wird seitens der sozialdemokratischen oder reformerischen Parteien nur selten systematisch entgegengewirkt, vielfach gibt es auch hier opportunistische Anpassung. Vorteile ziehen daraus in kritischen Situationen immer die „anderen“.

Stagnation und Rechtstrend

Die auslaufenden sechziger Jahre waren noch vielfach durch wachsende Militanz in den Betrieben und an den Hochschulen gekennzeichnet: Mai 1968 in Paris, heißer Sommer in Italien, Revolte gegen das Fließband in den Autofabriken der USA, Großbritanniens, Italiens und anderswo.

Die an der Wende der Dekade einsetzende Stagnation und (nach dem Ölpreisschock in der Mitte der siebziger Jahre) beginnende neue Massenarbeitslosigkeit traf die Arbeiterbewegung jedoch weitgehend unvorbereitet, restriktive Wirtschaftskonzepte und Maßnahmen stießen auf wenig Widerstand und wurden auch von reformerischen Parteien und Regierungen praktiziert — wobei die Rechte die eigentliche vorwärtsdrängende oder besser rückwärtsdrängende Kraft war. Trotz steter Bemühungen um „flankierende Maßnahmen“ für die sozial Schlechtergestellten: Haben Labour Party oder sozialliberale Koalition in der Bundesrepublik viel anders reagiert als unverfälscht

bürgerliche Regimes es taten oder getan hätten? Der Boden dafür war bereits durch die vorhergehende Offensive der Neoliberalen und Monetaristen präpariert worden, die geistigen Vorbehalte und Abstriche an reformerischen und egalitären Vorstellungen und Programmen der sozialdemokratischen (manche würden sagen, auch der eurokommunistischen) Parteien waren bereits erfolgt und die Wählerschaft mit dem Argument weichgeklopft, daß man Opfer bringen müsse, um die gefährdeten Arbeitsplätze zu erhalten.

Die Abneigung der „business community“ gegen Überbeschäftigung, Sozialstaat, Experimente... hatte sich nicht nur in die Praxis fast aller Staatsführungen umgesetzt, sie fand auch massenhafte Zustimmung.

Hatte die vorgehende Expansion — mit zeitlicher Verzögerung — einen politischen Trend zur linken Mitte ausgelöst, so führte die Stagnation — mit deutlich geringerer Verzögerung — zu einer Tendenzwende nach rechts.

Es läßt sich an den Wahlgängen der letzten Zeit (aber nicht nur daran) verfolgen:

Ablöse mehr- bis langjähriger Labour-Regierungen in Australien, Neuseeland, Großbritannien, Sturz des liberalen Regimes in Kanada, triumphaler Comeback der Liberaldemokraten in Japan (wenige Jahre nach der Eroberung der japanischen Großstädte durch die Linke!), Festigung des Machtmonopols der Democristiani in Italien, Rechtsruck in Skandinavien, Holland, Belgien, Klimaverschärfung in der BRD (Carstens als Staatspräsident, Strauß als Kanzlerkandidat!) spürbarer Rechtsruck in Südeuropa (kaum, daß die dortigen Diktaturen gefallen waren).

Selbst das Vertrauensvotum für Kreisky und die SPÖ ist vorwiegend ein Votum für Sicherheit und gegen Experimente.

Frankreich paßt nicht in dieses Schema (das eigentlich keines sein will); aber hier ist zu bedenken, daß es seit Jahrzehnten kein alternatives Regime gegeben hat; wenngleich Giscard dem Lande ein liberales Image gibt, so ist die bürgerliche Vorherrschaft dort die längste Zeit völlig ungebrochen, während es in Italien zumindest zeitweilig zu weitergehenden Kompromissen als sonst gekommen ist.

Der Trend scheint bis auf weiteres in Richtung „starker“ Regierungen und autoritärer, allenfalls sozialpartnerschaftlich gemilderter (liberal-korporatistischer) Lösungen¹⁵ zu gehen.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Josef Steindl, „Stagnation theory and stagnation policy“, Cambridge Journal of Economics, 1979/3, mitsamt den dort gemachten Literaturangaben.
- 2 Vgl. Charles P. Kindleberger, „Europe's Postwar Growth, The Role of Labor Supply“, Cambridge (Mass.) 1967.
- 3 Vgl. 1 oben.
- 4 Theodor Prager, „Wirtschaftswunder oder keines?“, Wien 1963.
- 5 Vgl. auch Michele Salvati und Giorgio Brosio, „The Rise of Market Politics: Industrial Relations in the Seventies“, Daedalus (American Academy of Arts and Sciences), Frühjahr 1979.
- 6 Josef Steindl, „Maturity and Stagnation in American Capitalism“, Oxford, 1952 und New York, 1972.
- 7 Josef Steindl, „Stagnation theory and stagnation policy“, a. a. O., S. 8.
- 8 ebenda S. 8.
- 9 ebenda, S. 8/9.
- 10 ebenda, S. 9.
- 11 ebenda, S. 12.
- 12 ebenda, S. 13.
- 13 Vgl. auch Michel Rocard: „Die internationalen Konzentrationstendenzen drängen den Einfluß des freien Wettbewerbs auf die Preise zurück... Die wirkliche Ursache der Inflation lag in der Kostenstruktur der Unternehmen.“ Wirtschaft und Gesellschaft, 4/1976, S. 28/30.
- 14 Darunter auch Österreich. Ob das ein Anlaß zur Genugtuung ist, möge dahingestellt bleiben.
- 15 Salvati und Brosio (vgl. Anmerkung 5 oben) nennen das österreichische System als klassisches Beispiel für ein liberal-korporatistisches Modell, und zwar unter Berufung auf G. Lehmbruch, „Liberal Corporatism and Party Government“, Comparative Political Studies 10. April 1977.